

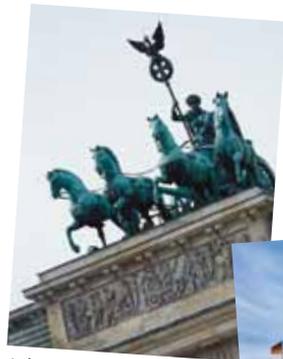
60 Jahre Bundesrepublik Deutschland



Mit Kopiervorlagen für den handlungsorientierten Unterricht

Inhalt

- 3** **60 Deutsche Jahre im Überblick**
- 19** **Didaktische Hinweise**
- 20** **Inhaltsverzeichnis Arbeitsblätter**
- 21** **Arbeitsblätter**
- 52** **Wettbewerb
„Herzlichen Glückwunsch Deutschland“**



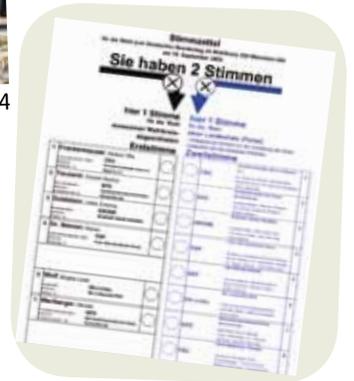
Arbeitsblatt 1



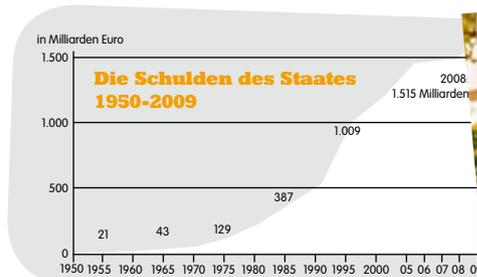
Arbeitsblatt 4



Arbeitsblatt 5



Arbeitsblatt 15



Arbeitsblatt 19



Arbeitsblatt 17



Arbeitsblatt 27

Arbeitsblätter 6 bis 13: Bundeskanzler

Traditionell lässt sich jeder Bundeskanzler, der aus dem Amt scheidet, von einem Künstler seiner Wahl porträtieren.



Als die deutsche Wehrmacht im Mai 1945 bedingungslos kapituliert, befindet sich Deutschland mit 53 Staaten der Erde im Kriegszustand. Am Ende des von Hitler entfesselten Zweiten Weltkriegs (1939–1945) stehen 55 Millionen Tote; etwa sechs Millionen europäische Juden sind zwischen 1939 und dem Kriegsende ermordet worden – Opfer eines verbrecherischen Rassenwahns, für den es in der Geschichte kein Beispiel gibt.

1945: Die „Stunde Null“

Die Menschen, die überlebt haben, hausen frierend und hungernd in Ruinenstädten. Wirtschaft und Infrastruktur sind zerstört. Die Wohnungsnot ist unvorstellbar, Nahrung ist Mangelware. In der Industrie stehen alle Räder still.

Aber nicht nur in materieller Hinsicht ist der Zusammenbruch vollständig, die Zerstörung total. Grenzenlos ist auch die politische und moralische Verwüstung. Die grauenvollen Bilder aus den befreiten Konzentrationslagern konfrontieren die Deutschen mit der ganzen furchtbaren Wahrheit von zwölf Jahren Größen- und Rassenwahn der Naziführer. Für Millionen Deutsche im Osten endet Hitlers verbrecherischer Krieg in Flucht und Vertreibung aus der Heimat.

Deutschland wird in vier Besatzungszonen aufgeteilt, in denen die jeweilige Besatzungsmacht regiert. Doch der heraufziehende Konflikt der vier Siegermächte prägt von Beginn an die Entwicklung in den Besatzungszonen. Der sowjetische Diktator Stalin erklärt bereits 1945: „Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armeen kommen. Es kann gar nicht anders sein.“

Da viele Männer gefallen, vermisst, kriegsversehrt oder in alliierter Gefangenschaft sind, tragen vor allem die Frauen die Last schwerer körperlicher Arbeit bei der Beseitigung unübersehbarer Schuttberge. Ihre Leistung in der unmittelbaren Nachkriegszeit trägt den „Trümmerfrauen“ zu Recht einen legendären Ruf ein.

In Nürnberg beginnt im November 1945 der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Millionen Deutsche in den westlichen Besatzungszonen müssen sich in besonderen Verfahren der Alliierten entnazifizieren lassen. In der Sowjetischen Besatzungszone nutzt die Rote Armee die alten Konzentrationslager als sogenannte Speziallager weiter und interniert dort Menschen, die Nazi-verbrechen beschuldigt werden, ebenso wie Menschen, die sich der beanspruchten Führungsrolle der Kommunisten widersetzen.

Während Kinder auf „Kohlenklau“ gehen, alte Männer versuchen, Nahrungsmittel zu „hamstern“, und Familienväter auf dem Schwarzmarkt Tauschgeschäfte machen, sind Millionen von Deutschen unterwegs – ausgebombt, heimatlos, auf der Suche nach Verwandten und nächsten Angehörigen.



Unterdessen wächst das Misstrauen unter den siegreichen Alliierten des Zweiten Weltkriegs. Vor allem das rücksichtslose Vorgehen der Sowjetunion in Osteuropa verschärft die Konflikte und beschleunigt die Entfremdung zwischen den bisherigen Verbündeten. Mit der Besetzung der entscheidenden Positionen in Politik und Verwaltung durch kommunistische Parteigänger schafft die Sowjetunion vollendete Tatsachen in ihrer Besatzungszone. Die Entwicklung in der SBZ geht immer mehr in Richtung Diktatur. Der Keim für die spätere deutsche und europäische Teilung ist gelegt. Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill spricht schon im März 1946 vom „Eisernen Vorhang“ mitten durch Europa.

- Im Juni 1947 scheitert die erste und einzige gesamtdeutsche Konferenz der Ministerpräsidenten, noch bevor sie offiziell begonnen hat. Die ostdeutschen Regierungschefs reisen auf Weisung Moskaus ab. Darin zeigt sich, dass die Sowjets hinsichtlich der Zukunft Deutschlands kein Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen mit ihren früheren Alliierten haben.



Pilot Gail S. Halvorsen hält auf dem Flugfeld der Rhein-Main Air Base in Frankfurt am Main eine Ladung amerikanischer Süßigkeiten zum Abwurf bereit. Die Idee mit den kleinen selbstgebastelten Fallschirmen zur Zeit der Berliner Luftbrücke wird schnell populär und die Flugzeuge der Alliierten gehen unter dem Namen Rosinenbomber in die Geschichte ein.

1948: Währungsreform und Berlin-Blockade

Marshall-Plan und Carepakete helfen im Westen Deutschlands, die ärgste Not der Nachkriegszeit zu überwinden. Vor allem die USA leisten großzügige Hilfe.

- Unter Anleitung der westlichen Militärregierungen müssen die Deutschen in den Westzonen an die parlamentarische Demokratie vor 1933 neu anknüpfen.
- Die Sowjetunion geht derweil in ihrer Besatzungszone einen anderen Weg: Im Frühjahr 1946 werden SPD und KPD zur SED zwangsvereinigt, die ab 1948 in eine stalinistische „Partei neuen Typs“ umgeformt wird. Die

Gesellschaft der Ostzone wird Schritt für Schritt nach dem Vorbild der UdSSR organisiert; für Demokratie und Pluralismus bleibt kein Raum.

- Als Vorläufer einer westdeutschen Regierung wird unter Aufsicht der Westalliierten der Frankfurter Wirtschaftsrat etabliert.
- Hier beginnt der Aufstieg Ludwig Erhards. Mit seinem Namen untrennbar verbunden sind

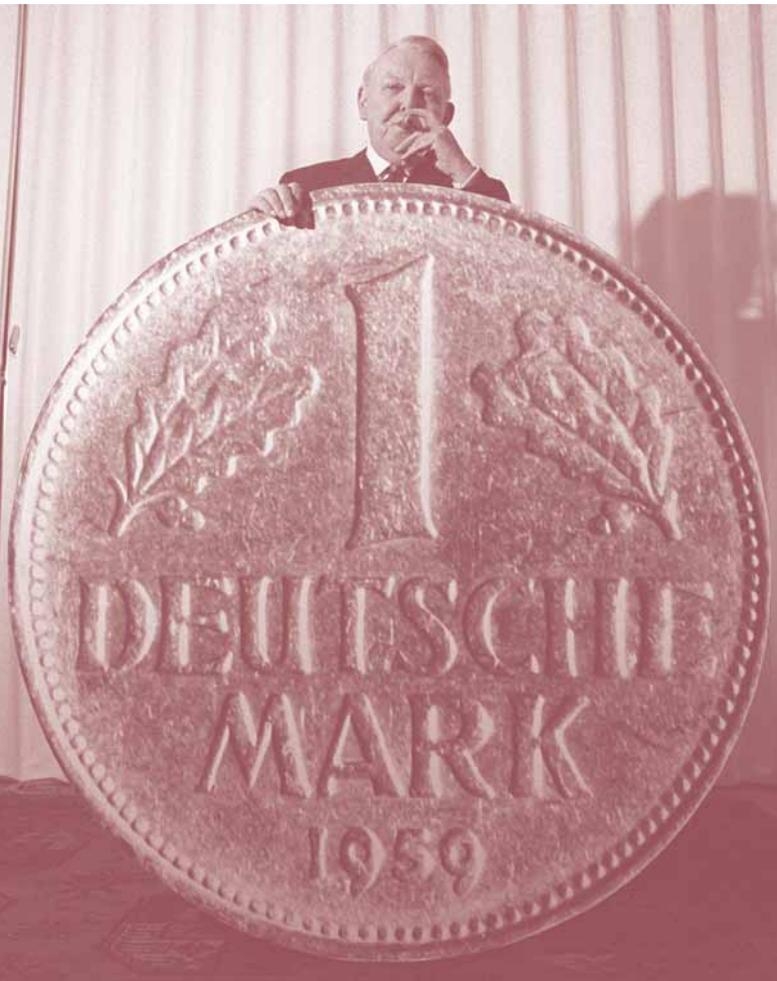
die Währungsreform vom Juni 1948 und die Einführung der D-Mark. Im Bewusstsein der Westdeutschen bildet die Währungsreform die entscheidende Zäsur in der Nachkriegsgeschichte: Von nun an ging es endlich bergauf.

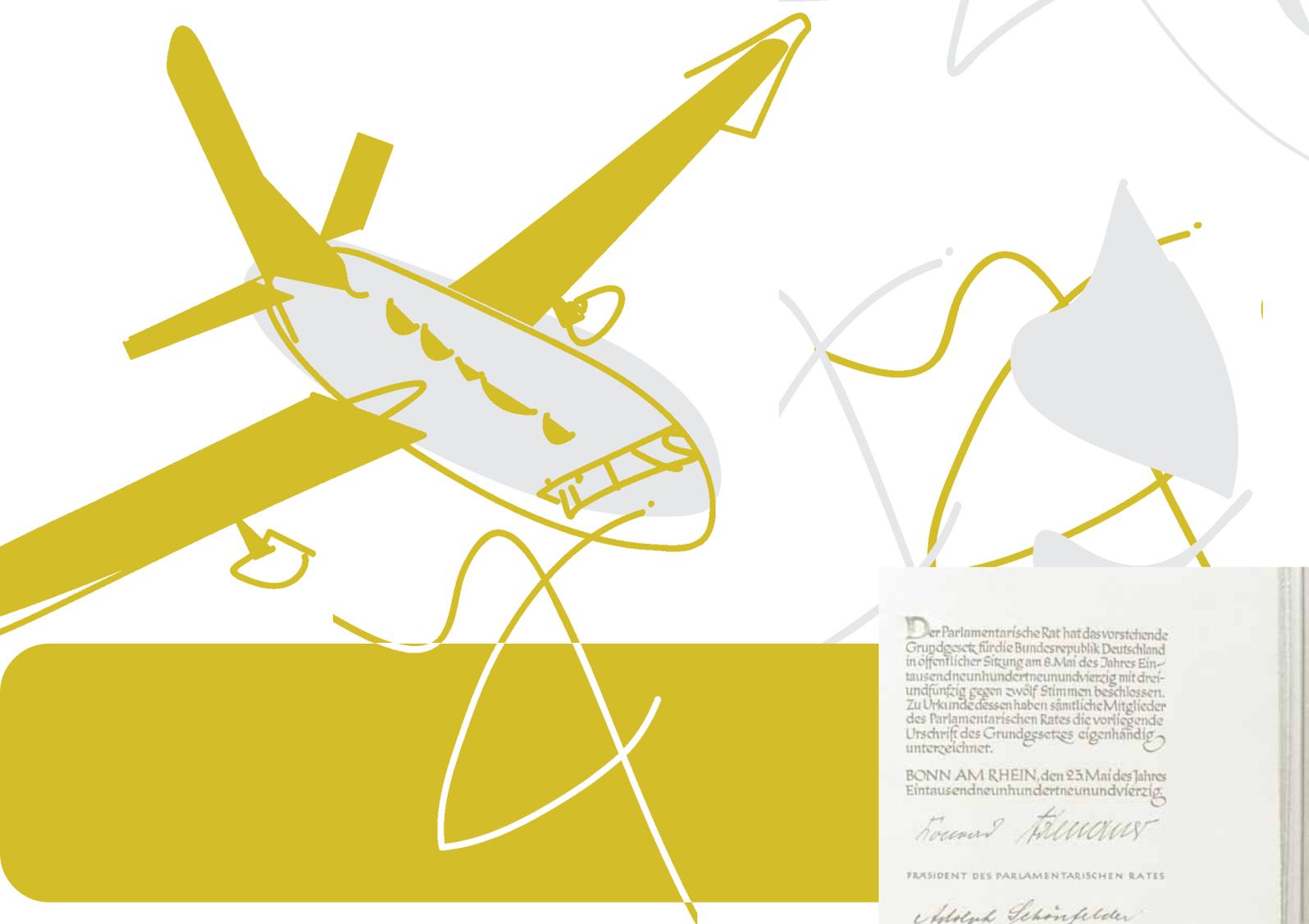
- Die Sowjetunion nimmt die Währungsreform in den drei Westzonen zum Anlass, um West-Berlin von allen Schienen-, Straßen- und Wasserverbindungen abzuschneiden sowie die Lieferung von Strom, Kohle und Lebensmitteln einzustellen. Der sowjetische Diktator Stalin hat das Ziel, ganz Berlin seiner Besatzungszone einzuverleiben.
- Die Westmächte – allen voran die USA –

antworten mit der „Luftbrücke“. In einer in der Geschichte einmaligen Aktion werden bis Mai 1949 insgesamt etwa 1,8 Millionen Tonnen Güter eingeflogen – von Kohle und Baumaterial über Kartoffelpulver und Trockenmilch bis hin zu kompletten Industrieanlagen.

- Mit der Berlin-Blockade erreicht der „Kalte Krieg“ seinen ersten Höhepunkt. Als die Blockade im Mai 1949 endet, ist Berlin zum Symbol für Freiheit und Selbstbehauptung gegen die kommunistische Diktatur geworden.
- Politisch wird die Berlin-Blockade für die Sowjetunion zum Bumerang: Die Menschen in West-Berlin

und in Westdeutschland werden jetzt erst recht ins Lager der Westmächte getrieben. Die Errichtung eines demokratischen westdeutschen Teilstaates, die Moskau verhindern wollte, wird jetzt zu einem Konzept, zu dem es keine vernünftige Alternative mehr gibt.





1949: Grundgesetz

Ein Jahr später – unmittelbar nach der Währungsreform und nach dem Beginn der Berlin-Blockade – ergreifen die Westmächte die Initiative zur Bildung einer verfassunggebenden Versammlung in den Westzonen.

- Nach Beratungen auf dem Rittersturz bei Koblenz und vorbereitenden Arbeiten auf der Insel Herrenchiemsee tritt am 1. September 1948 im Bonner Museum Koenig erstmals der Parlamentarische Rat zusammen. Zu seinem Präsidenten wird Konrad Adenauer gewählt. Vorsitzender des wichtigen Hauptausschusses wird Carlo Schmid.

- Bei den Beratungen im Museum Koenig und in der Pädagogischen Akademie in Bonn geht es vor allem darum, die Fehler der Weimarer Reichsverfassung zu vermeiden. Im Zentrum steht das Ziel, auf der Grundlage eines föderalen Systems eine starke parlamentarische Demokratie zu errichten.

- Das am 23. Mai 1949 verkündete „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ ist die freiheitlichste Verfassung, die es in Deutschland je gegeben hat. Sie zieht die Lehren aus den Schrecken der Nazierrschaft und den Fehlern und Schwächen der Weimarer Republik, versteht sich aber auch als Gegenentwurf zur Diktatur in der Sowjetzone. Das zeigt sich in den unveräußerlichen Grundrechten ebenso wie in der verbindlichen Festschreibung von Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat.

- In den Mittelpunkt unserer Demokratie stellt das Grundgesetz den Deutschen Bundestag: Er ist auf Bundesebene das einzige direkt vom Volk gewählte Verfassungsorgan. Seine Mitglieder beschließen die Gesetze, wählen den Bundeskanzler und kontrollieren die Regierung.

- Der Regierungschef, also der Bundeskanzler, kann nicht mehr – wie noch in Weimar – durch beliebige Zufallsmehrheiten gestürzt werden, sondern nur noch durch die Wahl eines Nachfolgers im Wege des „konstruktiven Misstrauensvotums“ nach Art. 67 des Grundgesetzes.

- Die starke Stellung des Parlaments verleiht dem neuen Staat ein hohes Maß an politischer Stabilität, das sich bis heute bewährt hat. Die Länder wirken über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit.

Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in öffentlicher Sitzung am 8. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneunundvierzig mit dreißig gegen zwölf Stimmen beschlossen. Zu Urkunde dessen haben sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates die vorliegende Urschrift des Grundgesetzes eigenhändig unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres Eintausendneuhundertneunundvierzig.

Konrad Adenauer

PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Carlo Schmid

VICEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Konrad Adenauer

VICEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Die neue Demokratie

Am 7. September 1949 tritt der erste Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung in Bonn zusammen. Vier Jahre nach Kriegsende und mehr als 16 Jahre nach dem Beginn der Nazidiktatur gibt es in Deutschland wieder ein frei gewähltes Parlament. Jetzt muss sich zeigen, ob der zweite Versuch, in Deutschland eine parlamentarische Demokratie zu verankern, erfolgreicher ist als die Weimarer Republik.

- Am 20. September 1949 nimmt zum ersten Mal nach 1933 wieder eine demokratisch legitimierte Regierung ihre Arbeit auf. Für die Menschen in der Bundesrepublik wird die „Bonner Republik“ schon bald zum Synonym für Demokratie, Parlamentarismus, West-

orientierung und europäisches Einigungsstreben. Nach Protz und Säbelrasseln des wilhelminischen Kaiserreichs, nach der Instabilität der Weimarer Republik und dem Größenwahn der Nazizeit steht die Universitätsstadt am Rhein als provisorische Hauptstadt für wohlthuende Nüchternheit und Bescheidenheit. Das Bonner Bundeshaus wird zum Mittelpunkt einer neuen Epoche deutscher Geschichte.

- Die prägende Gestalt der Gründerjahre ist Konrad Adenauer. Als Glücksfall für den jungen Staat erweist sich auch der erste Bundespräsident, Theodor Heuss. Die Opposition im Parlament wird von Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer geführt – auch sie sind prägende Gestalten der Nachkriegszeit.

- 1949 gibt es noch die Bayernpartei und das Zentrum, die Deutsche Partei und die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, die KPD und die Nationale Rechte, später kurzzeitig den Bund der Heimatvertriebenen und die Gesamtdeutsche Partei; Anfang der 60er Jahre sind nur noch CDU und CSU, SPD und FDP übrig. Dazu trägt entscheidend die Fünfprozentklausel bei; sie verhindert eine Wiederholung der verhängnisvollen Parteienzersplitterung der Weimarer Zeit.

- Erst in den 80er Jahren gelingt mit den Grünen wieder einer neuen Gruppierung der Sprung in den Bundestag; 1990 folgt die PDS, die ihre Wähler ganz überwiegend in den neuen Bundesländern findet.



Film-Traum-paar der 50er Jahre: Peter Kraus und Cornelia Froboess



Fritz Walter (Mitte) und Horst Eckel (rechts) feiern mit ihren Fans das „Wunder von Bern“: Neun Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gewinnt Deutschland in der Schweiz die Fußballweltmeisterschaft.

Die 50er Jahre

Die Bundesrepublik steht innenpolitisch ganz im Zeichen des Wiederaufbaus und des „Wirtschaftswunders“. Der Nachholbedarf ist auf allen Gebieten ungeheuer groß: „Fresswelle“ und Reisewelle, Petticoats, Nierentische und Rock 'n' Roll sind nur einige Stichworte.

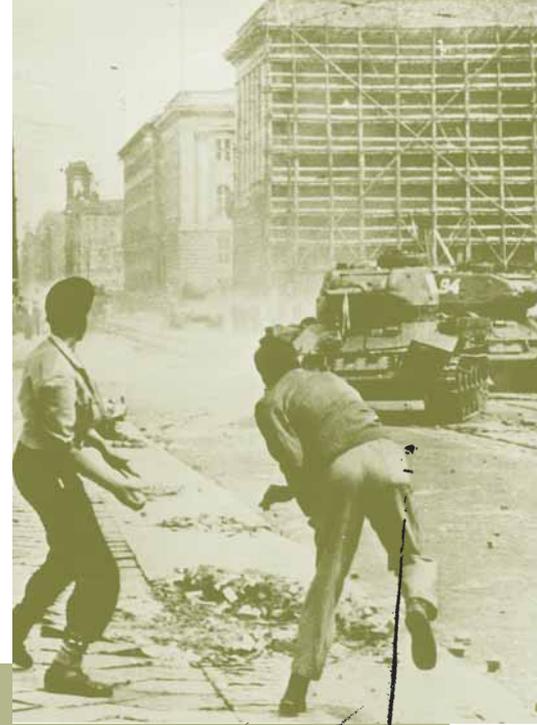
- Die entsetzliche Not der Nachkriegsjahre wird abgelöst von dem Gefühl: „Wir sind wieder wer“. Das ist wohl auch der Grund, weshalb den Zeitgenossen ein Ereignis unvergesslich bleibt, das mit der großen Politik gar nichts zu tun hat: die Fußballweltmeisterschaft 1954 in der Schweiz.

- Noch ein weiteres Ereignis bewegt die Zeitgenossen zutiefst. Es ist die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion. Im Gegenzug vereinbart Adenauer 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau.

Der 17. Juni

Während des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 bewerkten Jugendliche sowjetische Panzer mit Steinen. Der Aufstand wird von sowjetischem Militär blutig niedergeschlagen.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 ist für die Sowjetunion willkommener Anlass, auf dem Gebiet ihrer Besatzungszone die seit 1946 vorbereitete Gründung der DDR zu vollziehen. Am 7. Oktober 1949 ist es so weit. Nun gibt es also zwei Staaten auf deutschem Boden. In der DDR beginnt die „Abstimmung mit den Füßen“: Unfreiheit, Unterdrückung, staatliche Willkür und wirtschaftliche Not treiben bereits 1950 198 000 Menschen in den Westen; 1951 sind es mehr als 165 000, 1952 über 182 000. 1953 – im Jahr des gescheiterten Volksaufstandes vom 17. Juni werden fast 332 000 Menschen der DDR den Rücken kehren. • Nach dem Tod Stalins im März 1953 hoffen die Menschen in der DDR vergeblich auf Erleichterungen. Stattdessen verfügt die SED eine weitere Erhöhung der Arbeitsnormen. Es folgt ein Arbeiteraufstand, der sich binnen Stunden zum Volksaufstand ausweitet. Der Rücktritt der Regierung und freie Wahlen werden gefordert. Der Aufstand gegen die Herrschaft der Einheitspartei wird von sowjetischem Militär blutig niedergeschlagen. Die kommunistische Diktatur in der DDR wird so noch einmal vor dem Untergang gerettet. Aber der Ruf der Ost-Berliner Bauarbeiter – „Wir wollen freie Menschen sein!“ – bleibt unvergessen. 36 Jahre später wird es heißen: „Wir sind das Volk!“ Und dann endlich, im Herbst 1989, wird auch die Herrschaft der SED vor ihrem Ende stehen.



*Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last – greift er
Hinauf getrost den Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte.*

Friedrich von Schiller, aus „Wilhelm Tell“

Wiederaufbau

In der Bundesrepublik entsteht aus Trümmern und Ruinen ein Wohlstand, der schon bald die Vorkriegsverhältnisse bei Weitem übertrifft. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft überwältigend. Alle haben wieder genug zu essen, neue Straßen und Wohnungen werden gebaut, die Menschen kaufen sich neue Möbel, steigen vom Fahrrad aufs Motorrad oder aufs erste Auto um. Erstmals entsteht in der deutschen Geschichte ein realer Massenwohlstand. Es sind Jahre, in denen Wachstum und Konsum grenzenlos scheinen. • Der Bundestag beschließt in wenigen Jahren ein gewaltiges Gesetzgebungswerk, das den Aufbau steuert und sozial flankiert.

Dazu zählen

- Kriegsgefangenenentschädigung • Lastenausgleich • Wohnungsbau • Mutterschutz • staatliches Kindergeld • Vermögensbildung • Mietbeihilfen • Montanmitbestimmung.

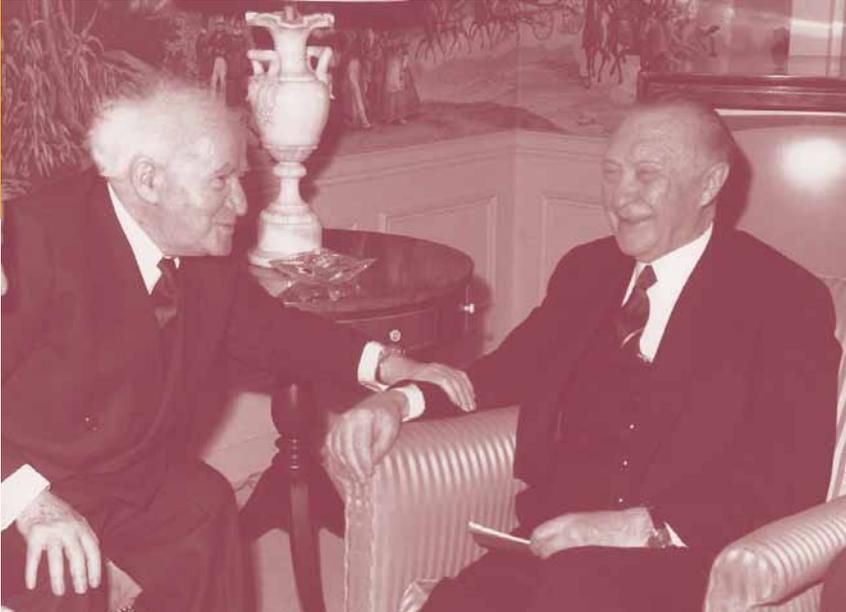
Überdies gelingt die volle wirtschaftliche und soziale Integration von rund acht Millionen Menschen, die nach dem Krieg als Vertriebene und Flüchtlinge aus den früheren Ostgebieten in die Westzonen gekommen sind.

Die Bilanz des Wiederaufbaus ist eindrucksvoll: • Schon 1950 werden fast 400 000 neue Wohnungen gebaut • 1956 ist die Bundesrepublik zweitgrößte Handelsnation der Welt • Anfang der 60er hat sich die Kaufkraft gegenüber 1950 verzehnfacht • 1963 fährt im Urlaub bereits jeder Fünfte ins Ausland • 1966 hat jeder vierte Bürger der Bundesrepublik ein eigenes Auto • und 1969, nur 20 Jahre nach dem demokratischen Neubeginn, steigt der Warenexport noch einmal sprunghaft an und die D-Mark gilt als stabilste Währung der Welt.

Die Welt spricht, halb bewundernd, halb ungläubig, vom deutschen „Wirtschaftswunder“. Der anhaltende Boom führt bereits Ende der 50er Jahre zur vermehrten Anwerbung von ausländischen „Gastarbeitern“, eine Entwicklung, die sich in den kommenden Jahrzehnten – Stichwort: Familienzusammenführung – noch verstärken wird.

Die Bundesrepublik ist entschlossen, im Rahmen des Möglichen wiedergutzumachen, was Hitler dem Judentum angetan hat. Nichts hat uns hierzu gezwungen als die Forderung des eigenen Gewissens.

Konrad Adenauer



David Ben Gurion (links) und Konrad Adenauer im Waldorf-Astoria-Hotel in New York

Wiedergutmachung

Wiedergutmachung für die Opfer des Holocaust und Solidarität mit dem Staat Israel haben seit den 50er Jahren viel dazu beigetragen, die Last einer furchtbaren Vergangenheit erträglicher zu machen. Im März 1953 stimmt der Deutsche Bundestag dem Vertrag über die Wiedergutmachung zu.

- Im März 1960 kommt es im Waldorf-Astoria-Hotel in New York zu dem historischen Treffen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer. Die große Symbolkraft dieses Zusammentreffens haben schon die Zeitgenossen verstanden.
- Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Mai 1965 unter der Regierung von Bundeskanzler Ludwig Erhard besucht mit Willy Brandt 1973 erstmals ein amtierender Bundeskanzler den Staat Israel.
- Alle Bundeskanzler und alle Bundesregierungen haben über Jahrzehnte die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel weiterentwickelt und vertieft. Es gehört zum Grundkonsens der deutschen Politik, dass die Beziehungen zu Israel besonderer Art sind und besonderer Pflege bedürfen und dass das Existenzrecht des Staates Israel nicht in Frage gestellt werden darf.

Westbindung

Bündnis mit Amerika, europäische Einigung, gemeinsame Verteidigung Westeuropas – das sind schon zu Beginn der 50er Jahre die Kernpunkte von Adenauers Außenpolitik. Im Deutschlandvertrag von 1952/54 verpflichten sich die drei Westalliierten, gemeinsam mit der Bundesrepublik auf eine Wiedervereinigung auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Verfassung hinzuwirken.

- Die Bundesrepublik Deutschland soll gleichberechtigter Partner der großen westlichen Demokratien werden. Dafür ist Adenauer bereit, auch den vom Westen geforderten deutschen Verteidigungsbeitrag zu erbringen.
- Die SPD steht der festen Einbindung in den Westen zunächst skeptisch gegenüber; sie will stattdessen versuchen, von der Sowjetunion Zugeständnisse in der Frage der deutschen Einheit zu erreichen. Dieser Konflikt beherrscht alle außenpolitischen Debatten der 50er Jahre im Deutschen Bundestag.
- Die zunächst geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheitert am Einspruch Frankreichs. Die neue Lösung heißt: Die Bundesrepublik wird Mitglied der NATO. Sie wird 1955 souverän, das Besatzungsstatut wird aufgehoben.
- Der Bundestag macht den Weg frei für die Aufstellung der Bundeswehr und für die allgemeine Wehrpflicht. Zugleich verankert das Parlament jedoch das Recht auf Wehrdienstverweigerung und schafft mit dem Wehrbeauftragten eine unabhängige Berufungsinstanz, die über die Grundrechte der Soldaten wacht.
- Erstmals in der deutschen Geschichte gibt es eine demokratische Armee; die Bundeswehr ist der Kontrolle des Parlaments unterstellt. Was Konrad Adenauer am 5. Mai 1955 im Park des Palais Schaumburg sagt, kann durchaus als Motto über der Bonner Politik der folgenden Jahrzehnte stehen: „Freiheit verpflichtet. Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker. Unser Ziel ist: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.“
- Fünf Jahre später werden die Auseinandersetzungen über die Bündnis- und Verteidigungspolitik beigelegt. In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag bekennt sich Herbert Wehner für die SPD ausdrücklich zu den Grundlagen der Adenauer'schen Westpolitik.



Bundespräsident Theodor Heuss, in der Bevölkerung auch liebevoll „Papa Heuss“ genannt, bei einem Gespräch mit Bundeswehrsoldaten nahe Koblenz (1958). Unvergessen bleiben seine scherzhaften Abschiedsworte: „Nun siegt mal schön!“

Europäische Einigung

Die Einigung Europas ist sozusagen die zweite Säule der Westpolitik. Am Anfang stehen der Europarat und die Montanunion. Von hier führt ein direkter Weg zu den Römischen Verträgen 1957. Am 1. Januar 1958 treten die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) in Kraft.

- Die Perspektive eines wirtschaftlich und politisch geeinten Europas beginnt sich mit Leben zu füllen. Zugleich gelingt im Verhältnis zu Frankreich ein geschichtlicher Durchbruch. Aus den „Erbsfeinden“ von gestern werden Partner und Verbündete. Schon 1957 kehrt das Saarland zu Deutschland zurück.
- 1962 wird das Deutsch-Französische Jugendwerk geschaffen. Aussöhnung und Zusammenarbeit gipfeln im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vom Januar 1963. Dieser wird in der Folge zu einem entscheidenden Faktor für die Zukunft beider Staaten und ganz Europas – ganz gleich, wer in Paris oder in Bonn bzw. Berlin jeweils regiert.
- Die Einigung Europas ist letztlich das Werk der Völker und ihrer demokratisch gewählten Regierungen. Trotz vielerlei Rückschlägen ist die Europäische Union nach Jahrhunderten blutiger Konflikte eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte. Im Deutschen Bundestag herrscht seit Jahrzehnten breiter Konsens über alle wesentlichen Fragen der Europapolitik. Zu Frankreich und zu den anderen Partnern in der Europäischen Union bestehen auch auf parlamentarischer Ebene besonders enge Verbindungen. Eng verzahnt mit dem 1979 erstmals direkt gewählten Europäischen Parlament ist der Ausschuss des Deutschen Bundestags für die Angelegenheiten der Europäischen Union.



John F. Kennedy, Willy Brandt und Konrad Adenauer (von links) beim Berlin-Besuch des US-amerikanischen Präsidenten im Jahr 1963.

„All free men, wherever they may live, are citizens of Berlin, and, therefore, as a free man, I take pride in the words ‚Ich bin ein Berliner.‘“

John F. Kennedy in seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin (26. Juni 1963)

Mauerbau

Von 1949 bis zum Sommer 1961 verliert die DDR mehr als 2,6 Millionen Bewohner – darunter viele junge arbeitswillige Menschen, die ihre Heimat verlassen, um ohne staatliche Gängelung in Freiheit leben zu können.

Schon im Mai 1952 hat die DDR, um die Fluchtbewegung in den Westen zu unterbinden, ihre Grenze zur Bundesrepublik Deutschland mit Sperrzone und Todesstreifen abgeriegelt. Aber die Vier-Sektoren-Stadt Berlin ist noch offen und bleibt das Schlupfloch für Flüchtlinge. 1958 unternimmt die Sowjetunion einen zweiten Anlauf, das „Problem“ West-Berlin an der Wurzel zu packen: Mit einem Ultimatum versucht sie, die drei westlichen Schutzmächte aus Berlin zu verdrängen. Die Westmächte entscheiden sich, dem Druck nicht nachzugeben und in der Stadt zu bleiben. Daraufhin beschließen die sowjetische und die DDR-Führung, Ost-Berlin und die DDR vom Westteil der Stadt abzuriegeln. Am 13. August 1961 beginnt in Berlin der Bau der Mauer. In den Folgejahren werden die Befestigungen immer weiter ausgebaut, ebenso an der innerdeutschen Grenze: mit Sperrzäunen, Minen, Hundelaufanlagen, Selbstschussautomaten und mit Streifen, die den Befehl haben, Grenzübertritte auch durch tödliche Schüsse zu verhindern. Wer über diese Grenze zu fliehen versucht, riskiert sein Leben. Das letzte Schusswaffenopfer an der Berliner Mauer stirbt im Februar 1989.

Die Doppelkrise um West-Berlin und Kuba von 1961 und 1962 ist der Höhepunkt des Kalten Krieges und zementiert den Status Quo in Europa mit der Teilung Deutschlands. Um so dankbarer sind die Menschen für die unveränderten Sicherheitsgarantien der Westmächte unter Führung der USA. Grenzenlos ist die Begeisterung beim Besuch von Präsident Kennedy 1963. Seine Rede vor dem Schöneberger Rathaus – „Ich bin ein Berliner“ – prägt sich dauerhaft in die Erinnerung ein.

Die hermetische Abriegelung der innerdeutschen und Innerberliner Grenzen verschafft dem SED-Staat eine gewisse Sicherheit; die Menschen müssen sich im Gegebenen einrichten. Aber die Mauer bleibt notwendig, um das Herrschaftssystem der SED mit seinen Scheinwahlen, mit der Lenkung durch die „führende Partei“, die SED, mit der scheinbar allgegenwärtigen Geheimpolizei – „Ministerium für Staatssicherheit“ – zu erhalten. Im Januar 1989 stellt Staats- und Parteichef Honecker fest, dass die Gründe, die zur Errichtung der Mauer geführt haben, nach wie vor bestehen.

Der Machtantritt Erich Honeckers 1971 ist verbunden mit einer neuen Konsum- und Sozialpolitik. Das Lebensniveau der Menschen soll verbessert werden. Aber sie bleiben bevormundet und eingesperrt. Außerdem steht dieser Politik keine entsprechende Wirtschaftsleistung gegenüber, sie wird weitgehend durch Kredite finanziert. 1989 steht die DDR am Rande der Zahlungsunfähigkeit.

In den 70er und 80er Jahren bereitet sich eine neue Krise vor. Gestützt auf die KSZE-Schlussakte beantragen viele Menschen ihre Übersiedlung in die Bundesrepublik. Außerdem entwickelt sich, angestoßen von politischen Entwicklungen in der Tschechoslowakei und in Polen, zuletzt auch in der Sowjetunion, auch in der DDR in den 80er Jahren eine Bürgerrechtsbewegung.

Allein an der Berliner Mauer sterben zwischen 1961 und 1989 mindestens 175 Menschen bei Fluchtversuchen. Heute erinnert an der südöstlichen Ecke des Reichstagsgebäudes eine kleine Gedenkstätte an diese Opfer des SED-Regimes.





Rudi Dutschke (Mitte) und der Schriftsteller Erich Fried (links) marschieren an der Spitze eines Demonstrationzugs mit etwa 8000 Mitstreitern gegen den Vietnamkrieg durch die Berliner Innenstadt (1968).

Die 60er Jahre

Die 60er Jahre sind in der Bundesrepublik ein Jahrzehnt des Umbruchs: Nach dem Wiederaufbau der 50er Jahre meldet sich eine neue Generation zu Wort. Heimatfilme und Schlagermusik der Adenauer-Ära sind passé – Popmusik, Haschisch und Hippies halten Einzug. Mit der Antibabypille beginnt die sexuelle Revolution. Auch die Anfänge der Frauenbewegung kündigen sich in diesen Jahren an. Das Aufbegehren der jungen Generation entzündet sich an der vielfach als mangelhaft empfundenen Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft, am Krieg der USA in Vietnam und an den Notstandsgesetzen; die Unzufriedenheit an den Hochschulen und der Ruf nach Reformen kulminieren in den Studentenunruhen von 1968. Dabei wird teilweise das gesamte politische und parlamentarische System der Bundesrepublik in Frage gestellt.

- Die 60er sind auch das Jahrzehnt der Kanzlerwechsel: von Adenauer zu Erhard, von Erhard zu Kiesinger, von Kiesinger zu Brandt. Vier Kanzler, drei verschiedene Koalitionen im Parlament. Nach nur drei Jahren geht 1969 die Große Koalition zu Ende. Mit der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten kündigt sich bereits das neue Regierungsbündnis aus SPD und FDP an. Die CDU/CSU muss nach 20 Jahren in der Regierungsverantwortung auf die Oppositionsbänke. Mit Willy Brandt stellen ab Herbst 1969 erstmals seit 1949 die Sozialdemokraten den Bundeskanzler. Die SPD bildet mit der FDP unter ihrem Vorsitzenden Walter Scheel eine Koalition.

Ostverträge

Die neue Ostpolitik wird zum Markenzeichen der Regierung Brandt/Scheel.

- Gewaltverzicht und Unverletzlichkeit der Grenzen sind die Kernpunkte der Verträge von Moskau und Warschau. Das Bemühen um einen Modus Vivendi der beiden deutschen Staaten auf Basis des Status Quo führt 1970 erstmals einen Bundeskanzler in die DDR.
- Mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn werden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Das Viermächteabkommen über Berlin macht den Weg frei für den innerdeutschen Grundlagenvertrag von 1972: Die Bundesrepublik respektiert die Eigenstaatlichkeit der DDR, verzichtet aber nicht auf das Ziel der Einheit Deutschlands. 1973 werden beide Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen. Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 mit den im Korb III verankerten Maßgaben zu humanitären Fragen durch die DDR verstärkt sich für das SED-Regime der Rechtfertigungsdruck nach innen und außen.
- Wie in den 50er Jahren, als es um die Westbindung ging, so steht der Bundestag auch zu Beginn der 70er Jahre im Mittelpunkt leidenschaftlicher außenpolitischer Debatten. Nicht alle Hoffnungen, die an die neue Ostpolitik geknüpft werden, gehen in Erfüllung. Die Lage um Berlin beruhigt sich; es gibt mehr Kontakte über die Grenzen hinweg. Eine innere Wandlung in den Staaten des Ostblocks bleibt indes aus; Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl bestehen fort.
- Dennoch: Mit seiner Politik der Entspannung und seinem Bemühen um gute Nachbarschaft und um mehr Begegnungen zwischen den Menschen im geteilten Land geht Willy Brandt in die Geschichte ein.



Am 7. Dezember 1970 kniet Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Warschauer Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des Ghettoaufstandes vom April 1943 nieder. Das Bild geht um die Welt; die Geste wird zum Symbol für die deutsch-polnische Aussöhnung.





Im Jahr 1977 erreicht der Terrorismus der Rote-Armee-Fraktion (RAF) seinen Höhepunkt. Auf die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback und von Jürgen Ponto, dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, folgt im Herbst die Entführung und spätere Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Parallel entführen palästinensische Terroristen die Lufthansa-Maschine „Landshut“ in die somalische Hauptstadt Mogadischu. Dort wird das Flugzeug von der deutschen Spezialeinheit GSG 9 gestürmt, und alle Geiseln werden unverletzt befreit. Am Tag darauf begehen die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Terroristen, die vergeblich darauf gehofft hatten, freigesetzt zu werden, in ihren Zellen Selbstmord.

Die 70er Jahre

Im April 1972 scheitert im Parlament der Versuch der CDU/CSU, Willy Brandt durch Oppositionsführer Rainer Barzel als Kanzler abzulösen. Die Bundestagswahlen im November des gleichen Jahres werden zu einem Triumph für die Regierung Brandt/Scheel; die SPD wird zum ersten Mal stärkste Fraktion im Parlament. Doch schon im Mai 1974 tritt Bundeskanzler Brandt zurück, nachdem ein Mitarbeiter als Agent der DDR enttarnt worden ist.



- Zum Nachfolger Brandts wählt der Bundestag Helmut Schmidt. Hans-Dietrich Genscher übernimmt die bisherigen Ämter von Walter Scheel, der zum Bundespräsidenten gewählt wird. Die Zeiten sind härter und schwieriger geworden. Das ist schon in der ersten Regierungserklärung des neuen Kanzlers unüberhörbar. Die Ölkrise weitet sich zur weltweiten Wirtschaftskrise aus. Leere Autobahnen im Winter 1973 sind Folge des Sonntagsfahrverbots.
- Die Krise trifft alle westlichen Industriestaaten hart. Fragen nach den Grenzen des Wachstums und nach dem Schutz der Umwelt werden lauter. Erstmals seit dem Wiederaufbau gibt es in Westdeutschland wieder eine größere Zahl von Arbeitslosen – ein Phänomen, mit dem die Bundesrepublik seitdem leben muss.
- Innenpolitisch erschüttert eine Serie von schweren Terroranschlägen das Land. Die Gemeinsamkeit der Demokraten im Parlament trägt aber entscheidend dazu bei, den freiheitlichen Rechtsstaat vor Schaden zu bewahren.
- Außenpolitischer Höhepunkt der 70er Jahre ist die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki.

„Eines Samstags im Jahr 1983 saß ich ganz allein im Hubschrauber. Ich bat den Piloten, noch eine Schleife über Bonn zu ziehen. Dort demonstrierten an diesem Tag fast 300.000 gegen den NATO-Doppelbeschluss. Wenn Sie da sitzen, fragen Sie sich ja schon – hast du Recht, und alle diese Unrecht?“

Helmut Kohl

Die 80er Jahre

Die 80er Jahre beginnen mit einem politischen Klimasturz. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und ihre Aufrüstung mit nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa führen zu verstärkten Ost-West-Spannungen.

- In Bonn endet 1982 die sozialliberale Koalition. Haushaltsprobleme, Streit über die Wirtschaftspolitik und Differenzen über den NATO-Doppelbeschluss führen zur Ablösung von Helmut Schmidt. Mit Helmut Kohl wird erstmals ein neuer Bundeskanzler im Wege des konstruktiven Misstrauensvotums gewählt. Außenminister wird erneut Hans-Dietrich Genscher, dessen Partei, die FDP, nunmehr eine Koalition mit der CDU/CSU bildet.
- Trotz der Großdemonstrationen der Friedensbewegung setzen Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher den NATO-Doppelbeschluss im Parlament durch. Friedensbewegung und Raketenstreit tragen entscheidend dazu bei, dass nach den Wahlen im März 1983 die Grünen erstmals in den Deutschen Bundestag einziehen. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 bestärkt sie in ihrer kompromisslosen



Auf die massive Aufrüstung der Sowjetunion mit atomaren Mittelstreckenraketen antwortet die NATO im Jahr 1979 mit dem Doppelbeschluss, der Abrüstungsverhandlungen mit Moskau und die „Nachrüstung“ mit US-Raketen vorsieht, falls die Verhandlungen bis Ende 1983 ohne Ergebnis bleiben. Entgegen den Befürchtungen der Kritiker führt die Stationierung der US-Raketen zu einem historischen Durchbruch: Im Dezember 1987 vereinbaren UdSSR und NATO den kompletten Verzicht auf alle nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa. Zudem trägt der NATO-Doppelbeschluss in der Folge wesentlich zum großen Umbruch von 1989/1990 bei und legt einen Grundstein für die Wiedervereinigung und für das Ende der kommunistischen Herrschaft über den Osten Europas.

Ablehnung der Kernenergie, eine Position, die auch in der SPD mehr und mehr Unterstützung findet.

- Mit der Einführung des Katalysators und des bleifreien Benzins wirkt die Bundesrepublik in den 80er Jahren in Europa bahnbrechend; zudem sind die deutschen Gesetze zum Schutz von Natur und Umwelt international richtungweisend.
- In dem höchst gespannten Verhältnis von Ost und West kommt die Wende zum Besseren im März 1985, als Michail Gorbatschow an die Spitze der Sowjetunion tritt. Gorbatschow hat erkannt, dass die wirtschaftlich rückständige und politisch verkrustete Sowjetunion grundlegende Reformen und eine verstärkte Kooperation mit dem Westen braucht. Substantielle Abrüstungsmaßnahmen rücken in greifbare Nähe. Vor diesem Hintergrund besucht der amerikanische Präsident Ronald Reagan im Juni 1987 West-Berlin und fordert den Abbruch der Mauer.
- Im Dezember 1987 kommt der erste Durchbruch: UdSSR und NATO vereinbaren den kompletten Verzicht auf alle nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa. Der NATO-Doppelbeschluss hat Erfolg gehabt. In Osteuropa beginnt der Umbruch; die Vorreiter sind Polen und Ungarn. Sie wollen Gorbatschows Vorstellungen vom Umbau der Gesellschaft – „Perestroika“ – und von neuer Offenheit – „Glasnost“ – in die Tat umsetzen.

1989/1990: Friedliche Revolution und Mauerfall

„Wenn wir zu spät kommen, bestraft uns das Leben sofort!“ – dieser Ausspruch Gorbatschows ist im Oktober 1989 in aller Munde. Binnen kurzer Zeit bewahrheitet er sich – erst an Honecker, dann an der Herrschaft der SED, schließlich an der DDR selbst, und 1991 auch an der Sowjetunion.

- 1989 stand die DDR vor dem Bankrott und war wirtschaftlich praktisch handlungsunfähig. Aus dem damals geheim gehaltenen Bericht der „Staatlichen Plankommission“ vom 27. Oktober 1989 geht hervor, dass der Lebensstandard um 25 bis 30 Prozent gesenkt werden müsste, um den Staat vor dem finanziellen Ende zu bewahren. Die DDR befand sich in einer ökonomischen und politischen Krise.
- Während Zehntausende aus dem Osten Deutschlands in den Westen flüchten, gehen daheim in der DDR Hunderttausende auf die Straße.
- Am 9. Oktober 1989 entscheidet die bis dahin größte „Montagsdemonstration“ mit 70 000 Teilnehmern in Leipzig das Schicksal der Friedlichen Revolution. Anders als 1953 greift die Sowjetunion nicht ein, das SED-Regime schreckt, trotz entsprechender Vorbereitungen, letztlich vor dem Einsatz militärischer Gewalt zurück. Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 bekommen die Massendemonstrationen in der DDR einen neuen Akzent: Aus der Parole „Wir sind das Volk“ wird immer stärker der Ruf „Wir sind ein Volk“.
- Die SED verliert ihr bisheriges Machtmonopol. Sie muss am sogenannten „Runden Tisch“ mit Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen über den Entwurf einer neuen Verfassung und über freie Wahlen verhandeln. Mit seinem „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vom 28. November 1989 setzt Bundeskanzler Kohl die deutsche Einheit auf die internationale Tagesordnung.

„Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!“

US-Präsident Ronald Reagan am 12. Juni 1987 bei seiner Rede vor dem Brandenburger Tor

Deutsche Einheit

Zwei Tage vor Weihnachten wird das Brandenburger Tor in Berlin geöffnet – 28 Jahre nach dem Mauerbau eine symbolische Vorwegnahme der deutschen Einheit, die kaum zehn Monate später Realität ist. • Im neuen Jahr verschärft sich die Krise der DDR; die Ausreisepersonen schnellen erneut in die Höhe. Die ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR bringen jenen Parteien eine klare Mehrheit, die für einen raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes geworben haben. Der Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ führt zur Bildung einer großen Koalition, Ministerpräsident wird Lothar de Maizière. • Die frei gewählte Volkskammer bewältigt in kurzer Zeit ein riesiges Arbeitspensum: Sie verabschiedet einschneidende Verfassungsänderungen, macht den Weg frei für die Währungsunion mit der Bundesrepublik und beschließt die Wiedereinführung der 1952 von der SED abgeschafften Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. • Während des Vereinigungsprozesses arbeiten die Politiker und Parlamente auf beiden Seiten der noch bestehenden innerdeutschen Grenze auf engste zusammen, um innerhalb weniger Monate eine schier unübersehbare Fülle notwendiger Entscheidungen treffen zu können. In einem politischen Kraftakt ohnegleichen werden die Rechtsgrundlagen für die Vereinigung beider Staaten geschaffen. Gleichzeitig werden die internationalen Aspekte der deutschen Einheit

in den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ geklärt. •

Nachdem die im Mai vereinbarte Währungsunion am 1. Juli 1990 in Kraft getreten ist, beschließt die Volkskammer am 23. August 1990 den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. • Am

12. September 1990 wird in Moskau der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ unterzeichnet. Und nur acht Tage später ratifiziert die Volkskammer der DDR zeitgleich mit dem Bundestag mit Zweidrittelmehrheit den Einigungsvertrag. Am 3. Oktober 1990 wird die deutsche Einheit Wirklichkeit. Deutschland ist wieder ein vereintes und souveränes Land. Um null Uhr wird vor dem Reichstagsgebäude in Berlin die schwarz-rot-goldene Bundesflagge gehisst. • Bereits am nächsten Tag findet im Reichstagsgebäude die erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestags statt. Ihm gehören auch 144 neue Abgeordnete an, die von der Volkskammer der ehemaligen DDR bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen in den Bundestag entsandt worden sind. • Bundeskanzler Kohl hat frühzeitig die Chancen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit erkannt und wird durch seine kluge Politik, mit der er sich die Unterstützung der westlichen Verbündeten gesichert und die Kooperation der Sowjetunion erreicht hat, zum „Kanzler der Einheit“.



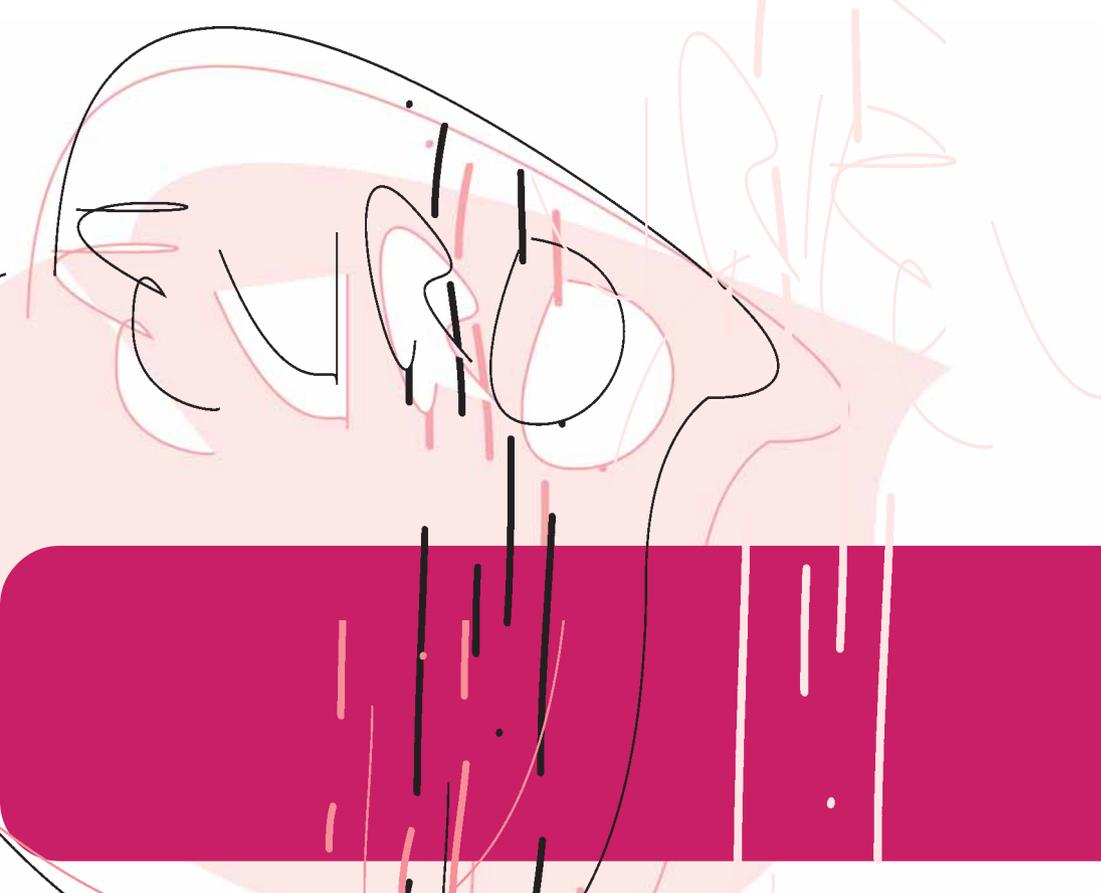
Mitte Juli 1990 führt Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau und im Kaukasus, der Heimat Gorbatschows, die entscheidenden Verhandlungen mit dem sowjetischen Generalsekretär. Ihr Ergebnis übertrifft selbst die Erwartungen der Optimisten: Deutschland erlangt uneingeschränkte Souveränität und kann frei entscheiden, welchem Bündnis es künftig angehören will – wobei klar ist, dass auch das geeinte Deutschland Mitglied der NATO bleiben wird. Die Sowjetunion zieht ihre Truppen innerhalb von drei bis vier Jahren aus dem Gebiet der DDR ab. Deutschland wird auch in Zukunft auf Herstellung, Besitz und Verfügung von ABC-Waffen verzichten und Mitglied des Nichtverbreitungsvertrags bleiben. Mit der Einigung im Kaukasus werden die letzten Hindernisse auf dem Weg zur deutschen Einheit beseitigt.



Nach der Öffnung der Mauer können Bürger der DDR am 11.11.1989 erstmals seit 28 Jahren den Autobahn-Grenzübergang Helmstedt/Marienborn ungehindert in Richtung Westen passieren. Viele nutzen diese Gelegenheit für eine Fahrt in die Bundesrepublik Deutschland.

Die Mauer wird so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 Jahren und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.

DDR-Staats- und SED-Chef Erich Honecker am 19. Januar 1989



Die Osterweiterung der EU galt als historische Chance, die europäischen Staaten nach Jahrzehnten der Trennung und Konflikte friedlich zu vereinen. Heute ist der Frieden in Europa gesichert – und die Mitgliedsstaaten stehen gemeinsam vor neuen Herausforderungen.

Aufbau Ost, Europapolitik, Berlin-Umzug

Nach dem anfänglichen „Wiedervereinigungsboom“ entwickelt sich der Aufbau in den fünf neuen Bundesländern trotz des Einsatzes enormer finanzieller Mittel langsamer als erhofft. Dazu tragen die gewaltigen Erblasten der SED – Betriebe, die auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind, mangelhafte Infrastruktur, heruntergekommene Städte, schwere Umweltbelastungen – ebenso bei wie die schwache Weltwirtschaft. Dennoch gelingt eine große gemeinsame Aufbauleistung, erstrahlen Städte in neuem Glanz, entstehen neue Straßen, Bahnlinien und Telefonverbindungen, gelingt eine fundamentale Wende in der Umweltpolitik. Auch können alle Bürger Ostdeutschlands auf das bewährte soziale Netz der Bundesrepublik sowie auf vielfältige Förder- und Bildungsmaßnahmen zurückgreifen. Und natürlich genießen die Menschen die neuen demokratischen Freiheiten einschließlich der für die Westdeutschen längst selbstverständlichen Reisefreiheit. Aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt weiter kritisch. Dies bewirkt bis heute eine schleichende Abwanderung in den Westen und Unzufriedenheit bei denen, die in der alten Heimat keine angemessene Beschäftigung finden können.

- Außenpolitisch beendet der Deutsch-Polnische Grenzvertrag vom November 1990 ein für alle Mal die Debatte über die Oder-Neiße-Linie. Am Golfkrieg gegen Saddam Hussein zur Befreiung Kuwaits beteiligt sich die Bundesrepublik nicht, leistet aber umfangreiche finanzielle Hilfe für die von den USA geführte und von der UNO mandatierte internationale Streitmacht. Die im Dezember 1990 bei den Wahlen zum Bundestag bestätigte Regierung aus CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Kohl setzt sich vor allem für eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und für die Osterweiterung der EU ein. Von epochaler Bedeutung ist der EU-Gipfel von Maastricht im Dezember 1991: Er bereitet den Weg für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und für die gemeinsame Währung, den Euro. Als Buchwährung wird er zum 1. Januar 1999 eingeführt, am 1. Januar 2002 löst er die D-Mark auch als Bargeld ab.

- Ende 1991 hört die Sowjetunion auf zu existieren; an ihre Stelle treten Russland und eine Reihe selbstständiger Republiken, von denen sich die meisten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammenschließen. Gut 70 Jahre nach der Oktoberrevolution verlässt das

ehemalige kommunistische Weltreich der UdSSR fast lautlos die Bühne. Russland erfüllt jedoch die Verabredungen mit Deutschland aus dem Jahr der Wiedervereinigung und zieht noch vor Ende 1994 sämtliche Truppen ab, die bislang auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert waren.

- Im Juni 1991 hat der Bundestag beschlossen, den Sitz von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin zu verlagern. In Bonn verbleiben aber die ersten Dienstsitze von sechs Bundesministerien und die Mehrzahl der Beschäftigten in den Ministerien. Im Oktober 1991 entscheidet der Ältestenrat des Deutschen Bundestags, dass der Reichstag in Berlin künftig als Sitz des gesamtdeutschen Parlaments genutzt werden soll. Im renovierten und völlig umgebauten Reichstagsgebäude findet im April 1999 die erste Sitzung des Bundestags statt.





Wir müssen die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung verbessern. ... Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner. Wir werden eine gewaltige gemeinsame Anstrengung unternehmen müssen, um unser Ziel zu erreichen. Aber ich bin sicher: Wir werden es erreichen.

Gerhard Schröder zur Agenda 2010 (aus der Regierungserklärung vom 14. März 2003)

Neue Mehrheiten

Zu diesem Zeitpunkt regieren in der „Berliner Republik“ bereits andere Mehrheiten: Erstmals haben die Bundestagswahlen im September 1998 zu einem kompletten Regierungswechsel geführt. Die Ära des Bundeskanzlers Helmut Kohl ist nach 16 Jahren zu Ende; CDU/CSU und FDP müssen in die Opposition. SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden unter dem neuen Bundeskanzler Gerhard Schröder die erste „rot-grüne“ Koalition, Außenminister wird Joseph „Joschka“ Fischer.

- Die Regierung setzt auf ein ganzes Bündel von Reformen im Innern; Stichworte: neues Staatsbürgerschaftsrecht, Ökosteuer zur Reduzierung der Lohnnebenkosten, Atomausstieg, Lebenspartnerschaftsgesetz, Förderung alternativer Energien. Für seine breit angelegte Steuerreform kann der Bundeskanzler im Jahr 2000 sogar CDU-regierte Länder gewinnen, um das Vorhaben erfolgreich durch den Bundesrat zu bringen.
- Parallel ist die CDU/CSU aufgrund der Verwicklung Helmut Kohls in eine Parteispendenaffäre in eine schwere Krise geraten, aus der schließlich Kohls frühere Ministerin, die aus der DDR stammende Angela Merkel, im April 2000 als neue CDU-Vorsitzende hervorgeht.
- Nachfolger des 1999 nicht wieder kandidierenden Bundespräsidenten Roman Herzog wird auf Vorschlag der SPD der langjährige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau.
- In der Außenpolitik kommt es gleich zu Beginn der rot-grünen Jahre zu einem Paradigmenwechsel; erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg nehmen deutsche Soldaten beim Krieg um den Kosovo 1999 aktiv an Kampf- und Kriegshandlungen teil. Nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York im September 2001 versichert die Bundesregierung den USA ihre „uneingeschränkte Solidarität“. Deutschland beteiligt sich an der internationalen Truppe zur Unterstützung des Anti-Terror-Kriegs in Afghanistan (ISAF) und am Wiederaufbau des Landes.

Irakkrieg, Agenda 2010, vorzeitige Neuwahlen

Die Bundestagswahl im September 2002 endet mit einem hauchdünnen Wahlsieg für das rot-grüne Bündnis. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer bleiben in ihren Ämtern, sehen sich aber mit verschärften wirtschaftlichen Problemen, hohen Staatsschulden und wachsender Arbeitslosigkeit konfrontiert. • Zunächst rückt aber wieder die Außenpolitik in den Mittelpunkt. Schröder lehnt eine Beteiligung am US-geführten Irakkrieg schroff ab, was vorübergehend zu einer Belastung der traditionell besonders engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten führt. Indirekt hilft Deutschland allerdings durch die Sicherung der Seewege am Horn von Afrika und durch die Entsendung von ABC-Spürpanzern nach Kuwait. • Beherrschendes Thema der zweiten rot-grünen Regierung bleibt jedoch der Kampf gegen die ausufernde Staatsverschuldung und die weiter steigende Arbeitslosigkeit. Im März 2003 verkündet der Bundeskanzler im Parlament die „Agenda 2010“, ein umfangreiches Reformprogramm für die Sozialsysteme und zur Belebung des Arbeitsmarkts. Die Reformen der Arbeitsmarkt-, der Sozial-, der Renten- und der Gesundheitspolitik schaffen in der Folge besonders für die größere Regierungspartei vielfältige Probleme. In den Jahren 2004 und 2005 gehen für die SPD mehrere Landtagswahlen verloren, während auf den Straßen vermehrt gegen die Reform-Gesetzgebung demonstriert wird.

• Mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2005 endet die letzte rot-grüne Koalition auf Landesebene. Bundeskanzler Schröder stellt im Bundestag die Vertrauensfrage und führt so – mit Zustimmung des im Mai 2004 als Nachfolger von Johannes Rau zum Bundespräsidenten gewählten Horst Köhler – vorgezogene Bundestagswahlen im Herbst 2005 herbei. • In die Amtszeit Gerhard Schröders fielen wichtige Entscheidungen für die Osterweiterung der Europäischen Union, die bereits unter seinem Vorgänger Helmut Kohl eingeleitet worden war. Dabei ging es darum, endlich auch jene Länder, die zuvor jahrzehntelang unter kommunistischer Zwangsherrschaft gelitten hatten, in die „Familie“ der demokratischen und freiheitlichen Staaten Europas aufzunehmen.



Bundeswehrosoldat in Afghanistan

Große Koalition

Die vorgezogenen Wahlen im September 2005 enden in einem Patt: Weder das bisherige „rot-grüne“ Bündnis noch die bisherige „schwarz-gelbe“ Opposition aus Union und FDP verfügen über eine handlungsfähige Mehrheit. Nach längeren Verhandlungen einigen sich CDU/CSU und SPD auf die Bildung einer Großen Koalition unter Leitung der bisherigen Oppositionsführerin Angela Merkel. • Der gegenwärtige Bundestag ist ein Fünf-Parteien-Parlament. Neben den Regierungsfractionen gehören Abgeordnete der FDP, der neuen Linkspartei und der Grünen dem „Hohen Haus“ an.

Seit Herbst 2008 ist der Kampf gegen die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zur wichtigsten Aufgabe der Bundesregierung geworden. Sie verbindet heimische Konjunkturpakete und massive Investitionen in die deutsche Wirtschaft mit internationalen Vereinbarungen für eine neue Weltfinanzarchitektur. So wurden auf dem Londoner Gipfel im April 2009 wirksame Kontrollen der Märkte gegen künftige Risiken vereinbart. Gleichzeitig hat Deutschland mit allen großen Industrie- und Schwellenländern umfangreiche Konjunkturlösungen für die ärmeren Länder beschlossen.



Herausforderungen

Deutschland 60 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes und 20 Jahre nach dem Mauerfall – trotz mancher Rückschläge zweifellos eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte. Ein Grund, sich auf den Erfolgen der Vergangenheit auszuruhen, ist das nicht. Neue Herausforderungen warten auf die junge Generation. Während Informationstechnik und Computernetze Nachrichten in Sekunden um die Welt schicken, wachsen zugleich die globalen Belastungen der Umwelt, öffnet sich die Schere zwischen reichen und armen Ländern noch weiter. Internationaler Terrorismus schafft neue sicherheitspolitische Herausforderungen.

- Deutschland und Europa müssen sich im Wettlauf mit den aufstrebenden Staaten Asiens und mit den USA wirtschaftlich behaupten. Und das bedeutet vor allem: Lebenslange Fortbildung und Weiterqualifizierung werden zum Alltag gehören.

- Wir müssen uns stets vor Augen halten: Keines der viel diskutierten Probleme in Deutschland – Klimaschutz, Bildung, demografische Entwicklung, bessere Integration der Zuwanderer, Familienförderung, Kinderbetreuung, Energieversorgung, Entschuldung der öffentlichen Haushalte, zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme – ist lösbar ohne gut ausgebildete Menschen und ohne leistungsfähige Unternehmen.

- Und vor allem: Sie sind nur lösbar in einer offenen Gesellschaft, die Toleranz und Engagement fördert und unsere bewährte freiheitliche und demokratische Ordnung stärkt.

Impressum

Zeitbild Wissen „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“, gefördert vom Bundesministerium des Innern.

V.i.S.d.P.: Bernd Woischnik, Zeitbild Stiftung, Reichenbachstraße 1, 80469 München, August 2009.

Wissenschaftliche Beratung: Dr. Thomas Gundelach.

Gesamtherstellung: Zeitbild Stiftung.

Bildnachweis: argus Fotoarchiv GmbH, dpa Picture-Alliance GmbH, akq-images GmbH, akq-images GmbH/AP, ullstein – CARO/Trappe, ullstein bild – Sven Simon, ullstein bild – imagebroker.net, action press gmbh & co. kg, iStockphoto, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, BMU/Brigitte Hiss, BIG-Spielwarenfabrik GmbH & Co. KG, Bureau Weidenfeld.

Druck: Schätzl Druck & Medien e. K., Donauwörth.

Wir erklären mit Blick auf die genannten Internetlinks, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte der Seiten haben und uns die Inhalte nicht zu eigen machen.

Der große Schülerwettbewerb zum Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland mit begleitenden Unterrichtsmaterialien für die Lehrkraft

60 Herzlichen Glückwunsch Deutschland

www.herzlichen-glueckwunsch-deutschland.de



Website www.herzlichen-glueckwunsch-deutschland.de

DIE AUFGABE

Schüler zeigen ihr Deutschland: gestern – heute – morgen!

Sie setzen sich auf kreative Weise mit gesellschaftlichen, sozialen oder politischen Entwicklungen aus 60 Jahren Bundesrepublik auseinander und denken weiter!

SO GEHT'S

- Alle Beitragsformen sind willkommen und können unter www.herzlichen-glueckwunsch-deutschland.de oder auf dem Postweg eingereicht werden: Zeitbild Verlag, "Herzlichen Glückwunsch Deutschland", Kaiserdamm 20, 14057 Berlin.
- Weiterführende Informationen und Info-Kanäle mit Artikeln, Videos und Fotos aus 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland sowie begleitende Unterrichtsmaterialien finden Sie online.

DIE PREISE

- 60 Reisen nach Berlin
- 10 x 1.000 Euro
- 4 Sonderpreise

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**Einsendeschluss ist der
28. November 2009**